



Protokoll kantonaler Parteitag Sozialdemokratische Partei Kanton Solothurn vom 6. April 2022 im Restaurant Rössli in Oensingen, 19.00 – 22.00 Uhr.

Stimmberechtigte im Saal: 91
Absolutes Mehr: 46



Geschäftsliste

- 1. Eröffnung des Parteitages**
- 2. Bestellung des Wahlbüros/Stimmenzähler:innen**
- 3. Genehmigung der Geschäftsliste**
- 4. Genehmigung des Parteitag-Protokolls vom 18. August 2021**
- 5. Genehmigung der Jahresrechnung 2021**
 - Bericht der RPK
- 6. Genehmigung der Zweijahresberichte**
 - ▶ des Parteipräsidiums
 - ▶ der Kantonsratsfraktion
 - ▶ der Fachausschüsse
 - ▶ der Beschwerde- und Schiedskommission
 - ▶ des Parteisekretariats und weitere
- 7. Genehmigung der Statutenrevision**
 - ▶ Antrag Statutenrevision der Geschäftsleitung
 - ▶ Antrag «Junge Stimme in der Solothurner SP», JUSO Kanton Solothurn
- 8. Beitragsleistung an die Kantonalpartei**
 - ▶ Antrag unverändert Fr. 24.00
- 9. Wahlen**
 - ▶ des Parteipräsidiums
 - ▶ der weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung
 - ▶ der Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK)
 - ▶ der Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission (BSK)
 - ▶ Verabschiedung Lisbeth Hartmann und Max Schmid
 - ▶ Verabschiedung Patricia Kofmehl
- 10. Rede von Finanzdirektor Peter Hodel (FDP) zu «Jetzt si mir draa»**
- 11. Input Pro/Kontra zum Gegenvorschlag der Regierung**
 - ▶ Pro: Simon Bürki, Kantonsrat SP Biberist, Mitglied FIKO
 - ▶ Kontra: Martin Bühler, Gemeindepräsident Trimbach, SP
- 12. Politmarkt & Apéro (30min)**
- 13. Kantonale Vorlagen für die Abstimmung vom 15. Mai 2022 – Parolenfassung**
 1. Volksinitiative «Jetzt si mir draa» und Gegenvorschlag der Regierung
KR Simon Bürki
 2. Gesetzesinitiative «Weniger Sozialhilfe für Scheinflüchtlinge»
KR Farah Romy
 3. Änderung Verfassung des Kantons Solothurn; Öffentliche Schulen
KR Mathias Stricker

**14. Nationale Vorlagen für die Abstimmung vom 15. Mai 2022 –
Parolenfassung**

1. Änderung vom 1. Oktober 2021 des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (Lex-Netflix Referendum)
2. Änderung vom 1. Oktober 2021 des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz)
3. Bundesbeschluss vom 1. Oktober über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Frontex-Referendum)



1. Eröffnung des Parteitags

Niels Kruse, Parteisekretär, begrüsst die anwesenden Delegierten, Medienschaffenden und Gäste. Er informiert über den Ablauf des kantonalen Parteitages sowie über die Redezeitbeschränkung für alle Redner:innen.

Co-Präsident Hardy Jäggi eröffnet den Parteitag mit folgenden Worten: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bin traurig und ich bin noch viel mehr hässig. Traurig bin ich, weil nicht weit von uns entfernt ein Land mit einer demokratisch gewählten Regierung überfallen wird, weil dort Leute sterben, verletzt und vertrieben werden. Millionen sind auf der Flucht. Das macht mich traurig. Wir haben deshalb in der Geschäftsleitung beschlossen, dass wir CHF 1000.00 an Solidar Suisse überweisen und auch euch möchten wir heute Abend dazu ermuntern, uns das gleich zu tun. Es müssen vielleicht nicht 1000 Franken sein, aber jede Spende ist willkommen. Hässig bin ich, dass ein machthungriger, grössenwahnsinniger Sozialopath ein Land überfällt und dass ihm nicht Einhalt geboten wird und er sogar noch sein eigenes Volk unterdrückt, wenn diese aufbegehren, wenn sie nicht einverstanden sind. Es macht mich auch hässig, dass man dennoch nicht so harte Sanktionen ergreift, wie man könnte, weil man abhängig ist von Energielieferungen aus Russland. Und es macht mich auch hässig, dass gerade wir im Kanton Solothurn noch immer keinen Schritt weiter sind bei den energietechnischen Gebäudesanierungen. Man konnte es kürzlich lesen, dass der Kanton Solothurn beim CO₂-Ausstoss im Gebäudebereich an letzter Stelle ist. Vor vier Jahren hat man das Energiegesetz abgelehnt und seit diesem Zeitpunkt – ich sage dies jetzt etwas böse – ist nichts mehr gegangen. Es hat zwar runde Tische gegeben und es wird ein Energiekonzept in Aussicht gestellt, aber wenn das dann kommt und was dort stehen wird, das weiss man nicht. Ich sage es ehrlich von einer grünen Regierungsrätin hätte ich in diesem Bereich mehr erwartet. Dass mehr Gas gegeben wird und dass nicht vier Jahre vergehen, ohne dass etwas passiert.

Was mich auch hässig macht, das sind Politiker, die nur die halbe Wahrheit erzählen oder sogar mit Lügen operieren. Das passiert beim Initiativkomitee «Jetzt si mir draa». Es wird immer wieder gesagt, die Initiative sei für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen. Wenn man aber den Initiativtext liest, dann stellt man fest, dass sämtliche Einkommen entlastet werden sollen, auch die hohen und höchsten Einkommen. Wenn man mit den Befürwortern argumentiert und informiert, dass diese Steuerausfälle nicht tragbar wären, dann heisst es, dass die Steuereinnahmen auch im letzten Jahr gestiegen seien und dass diese immer steigen werden. Mit diesen steigenden Steuereinnahmen könne man die Steuersenkungen kompensieren. Aber auch dies ist nur die halbe Wahrheit. Die Kosten sind auch gestiegen und diese werden auch weiter steigen. Unter anderem auch wegen der demografischen Entwicklung werden auch diese weiter steigen. Auch hier wird nur mit der halben Wahrheit operiert.

Was mich schlussendlich total hässig macht ist, wenn man die Leute anlügt, wenn man Plakate aufhängt und sagt, dass wenn man den Gegenvorschlag annehmen würde, dass die Steuern für die Hauseigentümer erhöht würden. In dieser Vorlage ist kein Satz zu diesem Thema erwähnt. Sie spielen darauf an, dass die Katasterwerte überarbeitet werden sollen. Hier wurde aber erst die Vernehmlassung durchgeführt. Am 15. Mai, wenn es um die Abstimmung zu «Jetzt si mir draa» und zum Gegenvorschlag geht, ist kein Satz irgendwo im Gesetz, dass Hauseigentümer mehr zur Kasse gebeten würden. Das ist für mich eine glatte Lüge und unseriöse Politik. Darum ist für mich klar, die Initiative muss abgelehnt werden. Ich bitte euch das heute Abend deutlich zu machen. Jetzt habe ich meinen Frust rausgelassen. Ich bin fertig, herzlichen Dank. Der Parteitag ist eröffnet.

2. Bestellung des Wahlbüros/Stimmenzähler:innen

Niels Kruse beantragt dem Parteitag folgende Personen ins Wahlbüro zu wählen:

- Fritz Dietiker, SP Thal-Gäu, Tisch 1
- Beat Probst, SP Olten-Gösigen, Tisch 2
- Peter Jordi, SP Bezirk Wasseramt, Tisch 3
- Irene Meier-Reber, SP Dorneck-Thierstein, Tisch 4

Zu diesem Antrag gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss

Die obenstehenden Personen werden einstimmig ins Wahlbüro gewählt.



3. Genehmigung der Geschäftsliste

Niels Kruse stellt die Geschäftsliste zur Diskussion. Auf Bitten unseres Gastes von Hotellerie Suisse wird beim Traktandum 14 die Diskussion zum Frontex-Referendum zu Beginn dieses Traktandums geführt.

Votum Georg Hasenfratz, SP Olten

Die Traktandenliste ist überladen. Es wird auch noch über eine Statutenrevision diskutiert. Ich schlage folgende Straffung vor. Traktandum 10, 11 und 13.1. sollen zusammengelegt und nicht durch eine Pause unterbrochen werden. Durch eine solche Straffung ohne den Unterbruch einer Pause wird die Diskussion nicht verzettelt und wir sparen Zeit. Ich bitte euch diesem Antrag zuzustimmen.

Votum Hardy Jäggi, Co-Präsident SP Kanton Solothurn zum Antrag Hasenfratz

Die Idee ist, dass man zuerst ein Inputreferat des Finanzdirektors hat, der eine Auslegeordnung macht und anschliessend kurz von einem Befürworter und einem Gegner des Gegenvorschlags die Argumente hört. Anschliessend hätten alle die Möglichkeit sich am

Politmarkt unter anderem auch über die Initiative und den Gegenvorschlag zu informieren, Fragen zu stellen und Diskussionen zu führen. Dies mit dem Ziel, dass anschliessend im Plenum die meisten Fragen beantwortet wären. Gleichzeitig soll die Pause auch dazu dienen, dass man sich über die anderen Vorlagen informieren kann. Ich bitte euch diesem Vorschlag des Präsidiums und der Geschäftsleitung zuzustimmen.

Beschluss zum Antrag Hasenfratz

Der Antrag Hasenfratz wird mit 51 Nein Stimmen zu 18 Ja Stimmen abgelehnt.

Beschluss zur Genehmigung der Geschäftsliste

Die Geschäftsliste für den Parteitag vom 6. April 2022 wird mit grossem Mehr genehmigt.

4. Genehmigung Parteitags-Protokoll vom 18. August 2021

Niels Kruse stellt das Protokoll des Parteitags vom 18. August 2021 zur Diskussion. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss zur Genehmigung des Parteitags-Protokoll vom 18. August 2021

Das Protokoll des Parteitags vom 18. August 2021 wird einstimmig genehmigt.

5. Genehmigung der Jahresrechnung 2021

Fabian Müller informiert über die Jahresrechnung 2021 sowie über den Bericht der Rechnungsprüfungskommission. Wesentlich sind die hohen Einnahmen beim Solidaritätsbeitrag, welches ermöglicht wieder Rückstellungen für die Wahlen 2023 zu tätigen. Ebenfalls fällt auf, dass man bei den Wahlen 2021 Einsparungen machen konnte, da wir bei den Regierungsratswahlen nicht in den zweiten Wahlgang gehen mussten.

Die Erfolgsrechnung 2021 schliesst somit mit einem Ertragsüberschuss von CHF 4273.00.

Das Vereinskapi tal beträgt CHF 140.548.--.

Simon Bürki informiert von Seiten der Rechnungsprüfungskommission, dass alles korrekt ist.

Beschluss zur Genehmigung der Jahresrechnung 2021

Die Jahresrechnung 2021 sowie die Entlastung der Rechnungsführerin wird von den Delegierten einstimmig genehmigt.

6. Genehmigung der Zweijahresberichte

- des Parteipräsidiums
- der Kantonsratsfraktion
- der Fachausschüsse
- der Beschwerde- und Schiedskommission
- des Parteisekretariats und weitere

Es gibt keine Wortmeldungen zu den Zweijahresberichten.

Beschluss zur Genehmigung der Zweijahresbericht

Die Zweijahresberichte werden vom Parteitag einstimmig genehmigt.

7. Genehmigung der Statutenrevision

Fabian Müller stellt die Frage, ob zum Eintreten auf die Statutenrevision Anträge vorhanden sind. Es werden keine Anträge gestellt, somit wird auf dieses Traktandum eingetreten.



Artikel 2:

Art. 2 Zweck

¹ Die SP hat zum Zweck, im Kanton Solothurn die Ziele des demokratischen Sozialismus zu verwirklichen.

² Zum Erreichen ihres Zwecks partizipiert die SP an der politischen Entscheidungsfindung, fasst zu kantonalen und nationalen Abstimmungsvorlagen Parolen und unternimmt alles für deren Durchsetzung. Ausserdem setzt sie Aktionsprogramme der SPS im Kanton um und führt eigene Aktionsprogramme durch.

³ Die SP strebt die Einsitznahme ihrer Mitglieder in allen verfassungsmässigen politischen Gremien aller Stufen an und kämpft dafür, in diesen Gremien die Mehrheit zu erlangen. Die in den Gremien mitwirkenden Mitglieder der SP kämpfen dafür, dass sich die Positionen der SP darin durchsetzen.

Art. 2 Zweck

¹ Die SP hat zum Zweck, im Kanton Solothurn die Ziele des demokratischen Sozialismus zu verwirklichen.

² Zum Erreichen ihres Zwecks partizipiert die SP an der politischen Entscheidungsfindung, fasst zu kantonalen und nationalen Abstimmungsvorlagen Parolen und unternimmt alles für deren Durchsetzung. Ausserdem setzt sie Aktionsprogramme der SPS im Kanton um und führt eigene Aktionsprogramme durch.

³ Die SP strebt die Einsitznahme ihrer Mitglieder in allen verfassungsmässigen politischen Gremien aller Stufen an und kämpft dafür, in diesen Gremien ~~die Mehrheit zu erlangen~~ angemessen vertreten zu sein. Die in den Gremien mitwirkenden Mitglieder der SP kämpfen dafür, dass sich die Positionen der SP darin durchsetzen.

Votum Georg Hasenfratz, SP Olten

Es ist nicht nur eine falsche Bescheidenheit nicht mehr die Mehrheit erreichen zu wollen, sondern es ist auch falsch gedacht. Nach den neuen Statuten dürften wir beispielsweise bei den Regierungsratswahlen nicht mehr mit einer zweiten Kandidatur antreten, weil man mit

20% Stimmenanteil in der Regierung angemessen vertreten ist. Diese Änderung ist nicht überlegt, ich beantrage bei der bisherigen Fassung zu bleiben.

Votum Hardy Jäggi, Co-Präsidium

Eine Mehrheit zu erlangen bspw. 51 Sitze im Kantonsrat ist schlicht nicht realistisch. Darum ändern wir diese Formulierung ab. Die Geschäftsleitung empfiehlt euch die neue Formulierung zu übernehmen.

Beschluss zu Antrag Hasenfratz

Der Antrag von Georg Hasenfratz wird mit 23 Ja Stimmen zu 45 Nein Stimmen und 12 Enthaltungen abgelehnt.

Artikel 5

Art. 5 Beitritt

- ¹ Der Beitritt erfolgt durch eine schriftliche oder elektronische (via Internet) Beitrittserklärung. Der Sektionsvorstand hat die Möglichkeit, die sofortige Aufnahme zu sistieren und auf die nächste Mitgliederversammlung der Sektion zu verschieben. Diese befindet über die definitive Aufnahme.
- ² Mitglieder gehören in der Regel der Sektion ihres Wohnortes an.
- ³ In Ausnahmefällen ist die Einzelmitgliedschaft bei der Bezirks-, Amtei- oder Kantonalpartei möglich. Die Aufnahme erfolgt durch die Geschäftsleitung der Bezirks- oder Amteipartei bzw. durch die kantonale Geschäftsleitung nach Rücksprache mit der zuständigen Sektion.
- ⁴ Personen, welche bei der Kantonalpartei die Mitgliedschaft anmelden, erhalten durch die Kantonalpartei den Status der provisorischen Mitgliedschaft. Dieser erlischt, sobald die zuständige Sektion die Aufnahme bestätigt.

Art. 5 Beitritt

- ¹ Der Beitritt erfolgt durch eine schriftliche oder elektronische (via Internet) Beitrittserklärung. Der Sektionsvorstand hat die Möglichkeit, die sofortige Aufnahme zu sistieren und auf die nächste Mitgliederversammlung der Sektion zu verschieben. Diese befindet über die definitive Aufnahme.
- ² Mitglieder gehören in der Regel der Sektion ihres Wohnortes an.
- ³ In Ausnahmefällen ist die Einzelmitgliedschaft bei der Bezirks-, Amtei- oder Kantonalpartei möglich. Die Aufnahme erfolgt durch die Geschäftsleitung der Bezirks- oder Amteipartei bzw. durch **das kantonale Parteisekretariat** nach Rücksprache mit der zuständigen Sektion.
- ⁴ ~~Personen, welche bei der Kantonalpartei die Mitgliedschaft anmelden, erhalten durch die Kantonalpartei den Status der provisorischen Mitgliedschaft. Dieser erlischt, sobald die zuständige Sektion die Aufnahme bestätigt.~~

Keine Anträge, somit stillschweigend angenommen.

Artikel 7

- ² Die Sektion kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung ein Mitglied unter Berücksichtigung der Gründe gemäss Absatz 1 ausschliessen. Das gleiche Recht steht der Kantonalpartei zu, sofern die Interessen der kantonalen Partei betroffen sind. Vor einem Entscheid ist das betroffene Mitglied anzuhören. Der Entscheid über den Ausschluss ist dem Mitglied mit einer Begründung schriftlich zur Kenntnis zu bringen.
- ³ Bei einem Ausschluss durch die Sektion bzw. durch die Kantonalpartei, steht dem betroffenen Mitglied der Rekurs an den Parteitag offen, der endgültig entscheidet.

- ² Die Sektion kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung ein Mitglied unter Berücksichtigung der Gründe gemäss Absatz 1 ausschliessen. Das gleiche Recht steht der **Geschäftsleitung der** Kantonalpartei zu, sofern die Interessen der kantonalen Partei betroffen sind. Vor einem Entscheid ist das betroffene Mitglied anzuhören. Der Entscheid über den Ausschluss ist dem Mitglied mit einer Begründung schriftlich zur Kenntnis zu bringen.
- ³ Bei einem Ausschluss durch die Sektion bzw. durch die **Geschäftsleitung der** Kantonalpartei, steht dem betroffenen Mitglied der Rekurs an den Parteitag offen, der endgültig entscheidet.

Keine Anträge, somit stillschweigend angenommen.

Artikel 14 (neu)

	<p>Art. 14 SP Migrant:innen</p> <p>¹ In den Sektionen, den Bezirken, den Amteien und in Regionen können sich Mitglieder zu Gruppen der SP Migrant:innen zusammenschliessen.</p> <p>² Die Gruppen der SP Migrant:innen können sich auf kantonaler Ebene zusammenschliessen zu „SP Migrant:innen des Kantons Solothurn“.</p> <p>³ Mitgliedschaft, Beitrags- und weitere Pflichten sind durch das Reglement der SP Migrant:innen geregelt.</p>
--	---

Keine Anträge, somit stillschweigend angenommen.

Artikel 15

Art. 14 Organe

Die Organe der SP sind

1. der Parteitag (Art. 15 und 16);
2. die Geschäftsleitung (Art. 17 und 18);
3. der Präsidialausschuss (Art. 19 und 20);
4. die Kantonsratsfraktion (Art. 23);
5. das Parteisekretariat (Art. 24);
6. der Vorstand der kantonalen Frauenorganisation;
7. der Vorstand der kantonalen SP60+;
8. der Vorstand der kantonalen Jugendorganisation;
9. die Kontrollstelle;
10. die Beschwerde- und Schiedskommission.

Art. 15 Organe

Die Organe der SP sind

1. der Parteitag (Art. 16 und 17);
2. die Geschäftsleitung (Art. 18 und 19);
3. der Präsidialausschuss (Art. 20 und 21);
4. die Kantonsratsfraktion (Art. 24);
5. das Parteisekretariat (Art. 25);
6. der Vorstand der kantonalen Frauenorganisation;
7. der Vorstand der kantonalen SP60+;
8. der Vorstand der kantonalen Jugendorganisation;
9. der Vorstand der SP Migrant:innen
10. die Kontrollstelle;
11. die Beschwerde- und Schiedskommission.

Keine Anträge, somit stillschweigend angenommen.

Artikel 16

Art. 15 Parteitag, Formelles

¹ Der Parteitag setzt sich zusammen aus

1. den Delegierten der Sektionen;
2. den Mitgliedern der Geschäftsleitung;
3. den Mitgliedern der Kantonsratsfraktion;
4. den Präsidien der Fachausschüsse;
5. der Präsidentin der SP-Frauen des Kantons Solothurn;
6. dem Präsidium der kantonalen SP60+;
7. dem Präsidium der kantonalen Jugendorganisation;
8. den Mitgliedern der Kontrollstelle;
9. den Mitgliedern der Beschwerde- und Schiedskommission.

² Die Delegation der Sektionen gemäss Absatz 1 Ziffer 1 bemisst sich wie folgt: Jeder Sektion steht vorab eine Vertretung zu. Auf 20 Mitglieder und Restzahlen über 10 kommt je ein weiteres Mandat dazu.

Art. 16 Parteitag, Formelles

¹ Der Parteitag setzt sich zusammen aus

1. den Delegierten der Sektionen;
2. den Mitgliedern der Geschäftsleitung;
3. den Mitgliedern der Kantonsratsfraktion;
4. den Präsidien der Fachausschüsse;
5. der Präsidentin der SP-Frauen des Kantons Solothurn;
6. dem Präsidium der kantonalen SP60+;
7. den Delegierten der kantonalen Jugendorganisation;
8. dem Präsidium der SP Migrant:innen Kanton Solothurn;
9. den Mitgliedern der Kontrollstelle;
10. den Mitgliedern der Beschwerde- und Schiedskommission;
11. den SP Gemeindepräsident:innen.

² Die Delegation der Sektionen und der kantonalen Jugendorganisation gemäss Absatz 1 Ziffer 1 bemisst sich wie folgt: Jeder Sektion steht vorab eine Vertretung zu. Auf 20 Mitglieder und Restzahlen über 10 kommt je ein weiteres Mandat dazu.

Votum Georg Hasenfratz, SP Olten

Georg Hasenfratz stellt einen Ordnungsantrag. Ich beantrage den ganzen Artikel mit den vorgeschlagenen Änderungen zurückzuweisen an die Geschäftsleitung, damit man dies fundiert prüfen und dem Parteitag Bericht und Antrag erstatten kann. Der JUSO-Antrag ist für mich ein Schnellschuss. Ist das unsere Jugendorganisation? Die junge SP Region Olten hat bei den Nationalratswahlen wesentlich besser abgeschnitten. Sie hat auch einen Sitz im Kantonsrat. Man könnte sich auch fragen, ob den nicht auch die SP Migrant:innen oder die SP 60 Plus als Sektion zu bezeichnen sind und Ansprüche erheben können und man muss sich auch fragen, ob jede Person, die ein Amt hat, hier am Parteitag ein Direktmandat erhalten muss, so die SP Gemeindepräsident:innen, die das ja überhaupt nicht gewünscht haben. Dieser Artikel soll an einem späteren Parteitag behandelt werden.



Votum Fabian Müller, Parteisekretär

Die Geschäftsleitung möchte die Gemeindepräsidien der SP vermehrt in den Parteitag einbinden durch ein Mandat. Wir sind der Meinung, dass dies Sinn macht, denn diese sind unsere Vertreter:innen in den Gemeinden.

Der Antrag der JUSO ist im Anschluss an die Geschäftsleitungssitzung eingetroffen. Man hat den Antrag per Zirkularbeschluss besprochen und eine Empfehlung beschlossen. Die Geschäftsleitung ist der Meinung, dass der Antrag der JUSO eine sinnvolle Sache ist. Dies ist kein Schnellschuss. Von Seiten der Geschäftsleitung bitten wir euch diesen Ordnungsantrag abzulehnen, damit wir ordentlich darüber debattieren können und der Vertreter der JUSO den Antrag auch begründen kann.

Beschluss zum Ordnungsantrag Georg Hasenfratz

Der Ordnungsantrag von Georg Hasenfratz für Rückweisung an die Geschäftsleitung wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Votum Leo Valentin Hug, JUSO Kanton Solothurn

Wir waren der Meinung, dass die Junge SP Region Olten dasselbe Recht am Parteitag bekommen soll, wie die JUSO. Aus mehreren Gründen ist dies jedoch nicht möglich, insbesondere da sie keine kantonale Jugendorganisation sind. Heute können JUSO-Mitglieder nur über die Ortssektionen am Parteitag teilnehmen und mitbestimmen. Wir wollen gerne als JUSO am Parteitag auftreten, als einzige kantonale Jugendorganisation. Der Antrag ist ein Zeichen, dass es junge Personen gibt, die sich für diese Partei engagieren möchten. Wenn wir auch in Zukunft eine lebendige Partei sein wollen, dann müssen wir auch den Jungen die Möglichkeit geben sich zu entfalten. Eine starke SP braucht eine starke JUSO, deshalb bitte ich euch diesem Antrag zuzustimmen.

Votum Fabian Müller, Parteisekretär

Es besteht kein Antrag aus der Versammlung zum Antrag der JUSO. Die Geschäftsleitung hat dem Antrag zugestimmt. Somit ist der Antrag stillschweigend angenommen.

Fabian Müller fragt an, ob ein Antrag vorhanden ist betreffend der Erteilung eines Parteitagsmandats an die SP-Gemeindepräsidenten.

Votum Georg Hasenfratz, SP Olten

Meiner Meinung nach ist dies nicht nötig und es wurde auch nicht gewünscht von den SP Gemeindepräsident:innen. Die Tendenz erscheint mir seltsam. Immer mehr Personen erhalten ein Direktmandat. Die SP Gemeindepräsident:innen kann man auch anders einbinden. Es braucht hierzu kein Mandat am Parteitag. Jedes Direktmandat schwächt die Wirkung der normalen Delegierten, wenn so viele Apparatschiks ein Mandat haben. Dies ist unnötig. Ich beantrage diesen neuen Artikel zu streichen.

Beschluss zum Antrag Georg Hasenfratz

Der Antrag von Georg Hasenfratz wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Artikel 17.1 j)

j) alle ihm von der Geschäftsleitung, den Fachausschüssen, den SP-Frauen des Kantons Solothurn, den SP60+ des Kantons Solothurn, der kantonalen Jugendorganisation, der Kantonsratsfraktion, den Sektionen, den Bezirks- und/oder Amteiparteien vorgelegten Geschäfte, sofern ihm spätestens zehn Tage vor der Durchführung Anträge eingereicht worden sind;	j) alle ihm von der Geschäftsleitung, den Fachausschüssen, den SP-Frauen des Kantons Solothurn, den SP60+ des Kantons Solothurn, der kantonalen Jugendorganisation, der SP Migrant:innen Kanton Solothurn , der Kantonsratsfraktion, den Sektionen, den Bezirks- und/oder Amteiparteien vorgelegten Geschäfte, sofern ihm spätestens zehn Tage vor der Durchführung Anträge eingereicht worden sind;
--	---

Keine Anträge, somit stillschweigend angenommen.

Artikel 17.2.

<p>2. Er wählt auf eine zweijährige Amtsdauer</p> <ul style="list-style-type: none">a) das Parteipräsidium bestehend aus einer Präsidentin/einem Präsidenten und mindestens einer Vizepräsidentin/einem Vizepräsidenten oder einem Co-Präsidium;b) die weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung;c) die Mitglieder der Kontrollstelle;d) die Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission;e) die der Kantonalpartei zustehende Vertretung an den Delegiertenversammlungen der SPS und der SP60+.	<p>2. Er wählt auf eine zweijährige Amtsdauer</p> <ul style="list-style-type: none">a) das Parteipräsidium bestehend aus einer Präsidentin/einem Präsidenten und mindestens einer Vizepräsidentin/einem Vizepräsidenten oder einem Co-Präsidium;b) die weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung;c) die Mitglieder der Kontrollstelle;d) die Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission;e) die der Kantonalpartei zustehende Vertretung an den Delegiertenversammlungen der SPS und der SP60+.f) die der Kantonalpartei zustehende Vertretung im Parteirat der SPS.
---	--

Keine Anträge, somit stillschweigend angenommen.

Artikel 17.4 a)

<p>4. Er genehmigt alle zwei Jahre</p> <ul style="list-style-type: none">a) die Zweijahresberichte des Parteipräsidiums, der Kantonsratsfraktion, des Parteisekretariates, der SP-Frauen des Kantons Solothurn, der kantonalen SP60+, der kantonalen Jugendorganisation sowie der Fachausschüsse;	<p>4. Er genehmigt alle zwei Jahre</p> <ul style="list-style-type: none">a) die Zweijahresberichte des Parteipräsidiums, der Kantonsratsfraktion, des Parteisekretariates, der SP-Frauen des Kantons Solothurn, der kantonalen SP60+, der kantonalen Jugendorganisation, der kantonalen SP Migrant:innen sowie der Fachausschüsse;
---	---

Keine Anträge, somit stillschweigend angenommen.

Artikel 18

<p>Art. 17 Geschäftsleitung, Formelles</p> <p>¹ Mitglieder der Geschäftsleitung sind</p> <ul style="list-style-type: none">1. das Parteipräsidium;2. die SP-Mitglieder des Regierungsrates;3. die SP-Mitglieder der Bundesversammlung;4. die Präsidentin/der Präsident der Kantonsratsfraktion;5. eine weitere, von der Kantonsratsfraktion aus dem Kreis ihrer Mitglieder zu bestimmende Person;6. eine Vertreterin der SP-Frauen des Kantons Solothurn;7. eine Vertreterin oder ein Vertreter der kantonalen SP60+;8. eine Vertreterin oder ein Vertreter der kantonalen Jugendorganisation;	<p>Art. 18 Geschäftsleitung, Formelles</p> <p>¹ Mitglieder der Geschäftsleitung sind</p> <ul style="list-style-type: none">1. das Parteipräsidium;2. die SP-Mitglieder des Regierungsrates;3. die SP-Mitglieder der Bundesversammlung;4. die Präsidentin/der Präsident der Kantonsratsfraktion;5. eine weitere, von der Kantonsratsfraktion aus dem Kreis ihrer Mitglieder zu bestimmende Person;6. eine Vertreterin der SP-Frauen des Kantons Solothurn;7. eine Vertreterin oder ein Vertreter der kantonalen SP60+;8. eine Vertreterin oder ein Vertreter der kantonalen Jugendorganisation;9. eine Vertreterin oder ein Vertreter der kantonalen SP Migrant:innen
---	---

Keine Anträge, somit stillschweigend angenommen.

Artikel 19

9. genehmigt die Statuten der SP-Frauen des Kantons Solothurn, der kantonalen Jugendorganisation und der kantonalen SP60+;	9. genehmigt die Statuten der SP-Frauen des Kantons Solothurn, der kantonalen Jugendorganisation, der kantonalen SP Migrant:innen und der kantonalen SP60+;
--	--

Keine Anträge, somit stillschweigend angenommen.

Artikel 37

Art. 36 Inkrafttreten Die vorliegenden Statuten wurden am 24. 10. 2013 vom Parteitag in Grenchen beschlossen. Am 28. April 2016 genehmigte der Parteitag eine Statutenänderung (Art 2 und Art. 16) Sie treten am 28. April 2016 in Kraft und ersetzen die Statuten vom 8. November 2013 sowie alle früheren Statuten und alle früheren Beschlüsse, die mit ihnen im Widerspruch stehen. Solothurn, 28. April 2016 Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn (SP) Die Parteipräsidentin Der Parteisekretär Franziska Roth Niklaus Wepfer	Art. 37 Inkrafttreten Die vorliegenden Statuten wurden am 6. April 2022 vom Parteitag in Oensingen beschlossen. Sie treten am 6. April 2022 in Kraft und ersetzen die Statuten vom 28. April 2016 sowie alle früheren Statuten und alle früheren Beschlüsse, die mit ihnen im Widerspruch stehen. Solothurn, 6. April 2022 Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn (SP) Das Co-Präsidium Der Parteisekretär Nadine Vögeli Fabian Müller Hardy Jäggi
---	--

Keine Anträge, somit stillschweigend angenommen.

Beschluss zur Genehmigung der Statutenrevision

Die Statutenrevision wird von den Delegierten mit grossem Mehr angenommen.

8. Beitragsleistung an die Kantonalpartei

Niels Kruse stellt das Traktandum zur Diskussion. Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss zur Beitragsleistung an die Kantonalpartei

Der Parteitag nimmt den Antrag der Geschäftsleistung für die Beitragsleistung an die Kantonalpartei von Fr. 24.00 einstimmig an.

9. Wahlen

Wahl des Parteipräsidiums:

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss

Nadine Vögeli und Hardy Jäggi werden einstimmig für zwei weitere Jahre als Co-Parteipräsidium gewählt.

Wahl der Geschäftsleitung

Kassandra Frey (JUSO) und Max Schmid (SP Bucheggberg) haben den Rücktritt aus der Geschäftsleitung gegeben. Neu stellen sich Leo Valentin Hug (JUSO) und Matthias Racine (SP Bucheggberg) als Mitglied der Geschäftsleitung zur Wahl.

Beschluss:

Die Geschäftsleitung inkl. den beiden neuen Mitgliedern Leo Valentin Hug und Matthias Racine wird in Globo einstimmig für zwei weitere Jahre gewählt.

Wahl der Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Thomas Marbet und Simon Bürki werden einstimmig für zwei weitere Jahre als Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Wahl der Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission (BSK)

Lisbeth Hartmann ist als Mitglied der Beschwerde- und Schiedskommission zurückgetreten. Als neues Mitglied stellt sich Evelyn Borer, SP Dornach, zur Wahl. Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Daniel Kiefer, Christine Bigolin und Evelyn Borer werden einstimmig für zwei weitere Jahre als Mitglieder der Beschwerde und Schiedskommission gewählt.

Verabschiedungen

Fabian Müller informiert über die diversen Verabschiedungen

Verabschiedung Lisbeth Hartmann

Lisbeth Hartmann war Mitglied der Beschwerde- und Schiedskommission seit dem 28. April 2008 somit total 14 Jahre.

Verabschiedung Max Schmid

Max Schmid war GL-Mitglied seit 2009 und somit 13 Jahre lang. Ein persönliches Anliegen war ihm immer die SP U60, bei der er sich zusätzlich engagiert.

Verabschiedung Kassandra Frey

Kassandra Frey war GL-Mitglied seit dem 19. Mai 2021, leider nur ein Jahr.

Verabschiedung Patricia Kofmehl

Auf Ende März hat leider unsere langjährige Buchhalterin Patricia Kofmehl ihre Arbeitstätigkeit bei der SP Kanton Solothurn gekündigt. Sie hat am 1. November 2013 bei der SP Kan-

ton Solothurn mit ihrer Arbeit begonnen. In diesen mehr als 8 Jahren hat Patricia es verstanden mit ihrem hohen Pflichtgefühl, ihre Arbeit effizient zu organisieren. Wir schätzten speziell ihre grosse Loyalität für die SP und die Fähigkeit, Prioritäten auch unter erhöhter Belastung richtig festzulegen. Patricia, wir verlieren mit dir eine wunderbare Mitarbeiterin. Ein grosses Dankeschön für deinen Einsatz bei der Sozialdemokratischen Partei. Wir alle wünschen dir für deine berufliche und private Zukunft alles Gute und viel Erfolg.

10. Rede von Finanzdirektor Peter Hodel (FDP) zu «Jetzt si mir draa»

Niels Kruse begrüsst Regierungsrat Peter Hodel, welcher die Delegierten über die Volksinitiative «Jetzt si mir draa» sowie den Gegenvorschlag der Regierung informiert.

Votum Peter Hodel, Regierungsrat

Sehr geehrte Anwesende, Steuerpolitik hat zwei ganz wichtig Eckwerte. Der eine Eckwert ist die Wirksamkeit und der andere Wert ist die Machbarkeit. Das sind zwei Leitlinien, wenn man über Steuerpolitik spricht. Ich stelle kurz die Volksinitiative und den Gegenvorschlag vor, welcher von der Regierung und von einer Mehrheit des Parlaments unterstützt wird. Es gibt gewisse Gemeinsamkeiten zwischen der Volksinitiative und dem Gegenvorschlag. Die Volksinitiative sagt in ihrem Titel: «Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen» und auf der anderen Seite spricht sie auch in der Begründung davon, dass genau diese Kategorien überdurchschnittlich belastet werden und es brauche nun eine deutliche Entlastung. Das sagen beide. Im Rahmen der STAF hat man gesagt, dass man nach der Unternehmenssteuerreform bei den natürlichen Personen entlasten soll. Die Volksinitiative und der Gegenvorschlag sagen, dass wir das jetzt machen müssen und das ist auch richtig. Nur jetzt kommt das grosse «ABER». Es gibt glasklare Differenzen und dies ist insbesondere der Weg zum Ziel. Die Initiative könnte man unter den Titel setzen, dass sie zu eng und zu starr ist. Einerseits wird bei jeder Tarifstufe genau gleich linear eine Entlastung stattfinden. Dies hat zur Folge, dass die Steuerungerechtigkeiten in der Belastung nach wie vor bestehen einfach auf einem anderen Niveau. Dies ist nicht die Idee, wenn man wirksam und machbar etwas bewegen möchte. Andererseits wird der Tarif an den schweizerischen Durchschnitt fixiert. Der schweizerische Durchschnitt ist ein Wert, den wir im Kanton Solothurn nicht beeinflussen können. Wir können diesen maximal zur Kenntnis nehmen. Das würde somit bedeuten, dass der Kanton Solothurn, Regierung, Parlament und Gemeinden sich von der Steuerpolitik verabschieden würden. Wir wären somit fremdbestimmt.

Die Initiative selbst läuft diametral dem entgegen, wie man einen Wohn- und Werkkanton erfolgreich weiterentwickelt. Und der Titel spricht nicht von dem, was im Inhalt steht. Das ist nicht redlich. Das geht nicht, wenn man sagt, dass man die tiefen und mittleren Einkommen speziell entlasten möchte und dann im konkreten Text steht, dass alle entlastet werden sollen. So einfach wie die Initiative tönt, so desaströs sind die Folgen. Der Kanton und die Gemeinden zusammen würden ab dem Jahr 2023 bis 2029 jährlich knapp 100 Millionen aus dem Steuersystem herausnehmen. D.h. 47 Millionen beim Kanton und 51 Millionen bei den Gemeinden. Ab dem Jahr 2030, ab diesem Zeitpunkt muss die Steuerbelastung im schweizerischen Durchschnitt liegen, würde man jährlich 260 Millionen aus dem System herausnehmen, Gemeinden und Kanton zusammen. Unser kantonaes Budget beinhaltet 2,4 Milliarden. Beeinflussbar davon sind ca. 850 Millionen. Mit der Steuerinitiative würde von diesen 850 Millionen 260 Millionen aus dem System genommen. Da gibt es ein Wort dafür, desaströs.

Hingegen der Gegenvorschlag schafft eine signifikante Steuerentlastung bei den tiefen und den mittleren Steuereinkommen. Es geht im Gesamten um ca. 64 Millionen, die aus dem Steuersystem auf Stufe Gemeinde und Kanton herausgenommen werden. Auf der anderen

Seite fließen durch den Pendlerabzug wieder 8 Millionen ins Steuersystem. Mit dem neuen Tarif wird genau dort eine Wirkung erzielt, wo es am nötigsten ist, bei den tiefen und mittleren Einkommen sowie bei Familien mit Kindern. Wir können mit dem Gegenvorschlag besser auf die Situation reagieren, weil wir nicht nur am Steuertarif etwas bewegen, sondern wir erhöhen den Kinderabzug von aktuell 6000 Franken pro Kind auf 9000 Franken. Somit kann man sehr gezielt Steuerpolitik machen, was die Volksinitiative nicht macht. Die Umsetzung ist per 2023 geplant.

Fazit: Wir erfüllen den Auftrag des Kantonsrats. Der Gegenvorschlag ist machbar und wirksam. Deshalb muss man den Gegenvorschlag klar mit einem Ja unterstützen, weil die richtigen Sachen passieren. Und für die Gemeinden gibt es ein Wort. Steuerpolitik bei den natürlichen Personen ist ein Gemeinschaftswerk zwischen Gemeinden und dem Kanton. Darum gibt es nur eines. Eine Nein-Stimme zum Gegenvorschlag ist eine Ja-Stimme zur Initiative. Das kann nicht das Ziel sein für eine sinnvolle Politik, wenn es um Steuern geht.



11. Input Pro/Kontra zum Gegenvorschlag der Regierung

Niels Kruse begrüsst Simon Bürki, Kantonsrat der SP und Mitglied der FIKO, welcher als Proreferent zum Gegenvorschlag der Regierung sprechen wird. Ebenfalls begrüsst er Martin Bühler, SP Gemeindepräsident aus Trimbach welcher anschliessend seine kritischen Argumente zum Gegenvorschlag vortragen wird.

Pro Votum: Simon Bürki, Kantonsrat SP Biberist, Mitglied FIKO

Der Gegenvorschlag ist, wie es der Finanzdirektor bereits gesagt hat, erstens verkraftbar, zweitens steuerbar und drittens auch machbar. Der neue Finanzplan hat den Gegenvorschlag bereits berücksichtigt. Hierbei kann man feststellen, dass die Finanzen stabil bleiben. Das heisst, dass ein Sparprogramm mit dem Gegenvorschlag nicht nötig sein wird. Mit der Initiative wäre dies anders. Wer profitiert vom Gegenvorschlag? Es sind vor allem die kleinen und mittleren Einkommen. Es sind Familien mit Kindern. Genau diese Gruppe für die wir uns seit Jahrzehnten einsetzen. Die Begrenzung des Pendlerabzugs ist ökologisch eine wichtige

und richtige Massnahme. Der Kinderabzug entlastet gezielt Familien mit Kindern, vor allem bei den kleinen und mittleren Einkommen. Der Kinderbetreuungsabzug verbessert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die SP hat ihre Ziele erreicht. Das ist ein grosser Erfolg. Es profitieren genau die Bevölkerungsgruppen, bei denen wir in den vergangenen Jahren versucht haben, sie bei der Prämienverbilligung zu entlasten. Die SP hat dies seit Jahrzehnten versucht, leider erfolglos. Jetzt haben wir die Möglichkeit genau diese Gruppe zu entlasten. Was wollen wir mehr? Warnung 1: Die SP erhält zukünftig keine bessere und günstigere Steuervorlage als die vorliegende. Im Gegenteil, sie wird a) teurer und b) wird sie auch höhere Einkommen entlasten. Warnung 2: Ein Nein zum Gegenvorschlag ist, wie es der Finanzdirektor gesagt hat, indirekt ein Ja zur Initiative. Zwei Mal Nein bei Steuervorlagen ist eine Hochrisikostategie. Davor warne ich explizit. Der Gegenvorschlag ist eine wirkliche SP-Vorlage. Ja zu gezielten Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen. Ja zu einer spürbaren Entlastung für Familien mit Kindern. Ja, endlich für eine Begrenzung des Pendlerabzugs, denn das ist gut für die Umwelt. Und das Fazit daraus, Ja zu einem ausgewogenen, finanzierbaren Gegenvorschlag und das mit voller Überzeugung.

Kontra Votum: Martin Bühler, Gemeindepräsident Trimbach, SP

Ich darf heute eine dieser Gemeinde vertreten, die sich als Mehrheit des Einwohnergemeindeverbandes gegen die Initiative und auch gegen den Gegenvorschlag ausgesprochen hat. Ich vertrete die Gemeinde Trimbach und möchte kurz erzählen, was die Auswirkungen auf die Gemeinde sind, wenn der Gegenvorschlag oder die Initiative angenommen werden. Wenn die Initiative angenommen würde, würde dies für die Gemeinde Trimbach bedeuten, dass wir anstatt 12 Millionen Steuerertrag nur noch 10 Millionen haben und wenn der Gegenvorschlag angenommen würde, haben wir nicht mehr 12 Millionen Steuerertrag, sondern etwas über 11 Millionen. Rund 700'000 Franken weniger. Viele Gemeinden müssten sich tatsächlich Gedanken darüber machen, wie sie damit umgehen sollen. Es gibt hierzu nur zwei Möglichkeiten. Entweder erhöht man auf Gemeindeebene die Steuern. Das ist jedoch nicht das, was man mit der Initiative und dem Gegenvorschlag möchte. Oder man muss bei einem Fehlbetrag von 700'000 Franken Leistungen abbauen. Hier muss man sich einfach bewusst sein, dass es denjenigen Gemeinden, die dagegen sind, nicht darum geht, dass man nicht hinter den Zielen der Initiative und dem Gegenvorschlag steht, sondern es ist einfach die Frage, ob man es sich am Schluss leisten kann. Viele Gemeinde werden am Schluss sagen müssen, dass wir die Steuern erhöhen, da wir dieses Geld benötigen oder wir bauen Leistungen ab. Leistungen abzubauen bei den Gemeinden, so brutal das tönt, ist gar nicht so einfach. Denn die allermeisten Sachen, die die Gemeinden bezahlen müssen, sind vom Gesetz her vorgeschrieben. Für die Gemeinde Trimbach habe ich die Liste der möglichen Sparmassnahmen bereits zusammengestellt. Diese Liste ist kurz und knapp. Sie umfasst die Schulsozialarbeit, Kinder- und Jugendarbeit, Zusatzleistungen der Spitex, Schulausflüge und Schullager, Subventionen an die Kindertagesstätte, Entgelt für Gemeinderat und Kommissionen, Vereinsunterstützung sowie Sport, Kultur und Freiwilligenarbeit. Das sind die Punkte, bei denen man in der Gemeinde schlussendlich sagen muss, dass wir entweder die Steuern erhöhen oder die Leistungen abbauen. Und wenn 700'000 Franken fehlen, muss man das irgendwo wieder kompensieren. Man kann gerne für den Gegenvorschlag sein, welcher ein paar sehr gute Sachen beinhaltet, aber solange am Schluss die Gemeinden dies ausbaden müssen, wird es die Diskussion geben, welche Leistungen man einsparen soll oder ob man die Steuern erhöht. Aber das möchte man ja eigentlich auch nicht. Darum empfehlen wir, dass man sowohl die Initiative sowie den Gegenvorschlag ablehnt.

12. Politmarkt & Apéro

Niels Kruse informiert über den Ablauf des Politmarkts und das weitere Vorgehen. Der Politmarkt ist keine Pause. Er ist integraler Bestandteil des Parteitags. Er entlässt die Delegierten und die Gäste in den Politmarkt mit dem Ziel, dass sie sich an den diversen Ständen bei den Abstimmungskomitees über die Abstimmungsvorlagen informieren und sich eine Meinung bilden.



13. Kantonale Vorlagen für die Abstimmung vom 15. Mai 2022 – Parolenfassung

1. Volksinitiative «Jetzt si mir draa» und Gegenvorschlag der Regierung

Rückmeldung Simon Bürki über die Diskussionen am Stand

Ein Punkt war, betreffend der Steuerausfälle auf Gemeindestufe wie hoch diese sind. Selbstverständlich ist es jeder Gemeinde freigestellt eine Steuererhöhung zu machen. Wir haben aber auch festgestellt, dass selbst, wenn eine Gemeinde eine Steuererhöhung tätigt, wirkt die Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen immer noch. Zweitens hat man darüber diskutiert, wie viel Kosten der Kanton bisher über die vergangenen Jahre bereits von den Gemeinden übernommen hat. Weiter hat man darüber diskutiert, dass ab 2026 der Kanton von den Gemeinden die Kosten der Sonderpädagogik übernehmen wird. Leider wird dies nicht nur in der Diskussion heute Abend, sondern auch in der medialen Diskussion komplett ausgeblendet. Wenn man dies gegenüberstellen würde, die Einnahmehausfälle des Gegenvorschlags sowie die Entlastungen der Gemeinden in den letzten Jahren sowie ab 2026, dann merkt man rasch, dass das Delta klein wird. Da wäre ich im Sinne der Transparenz auch froh und hätte auch den Anspruch an die eigene Partei, dass man das auch berücksichtigen würde. Es wäre nichts als recht, wenn man dies auch nach dem Nettoprinzip betrachten würde. Weiter wurde festgestellt, dass der Kanton und die Gemeinden eigentlich sehr gute Jahresabschlüsse zu verzeichnen haben. Auch dies müsste in die Überlegungen miteinbezogen werden. Die meisten Gemeinden werden voraussichtlich, wie der Kanton auch, deutlich besser abschneiden als budgetiert.



Niels Kruse erläutert das weitere Vorgehen. Anschliessend gibt es die Möglichkeit für Wortmeldungen aus dem Saal. Danach würde man zur Parolenfassung schreiten. Zuerst würde man zur Initiative die Parole fassen. Die Geschäftsleitung empfiehlt den Delegierten hierbei die Nein Parole. Anschliessend würde man zum Gegenvorschlag der Regierung die Parole fassen. Hier empfiehlt die Geschäftsleitung die Ja Parole und gleichzeitig empfiehlt die Geschäftsleitung beim Stichentscheid den Gegenvorschlag zu bevorzugen.

Votum Georg Hasenfratz, SP Olten

Genossinnen und Genossen, ich bitte euch die Initiative und den Gegenvorschlag abzulehnen. Aus linker Sicht gibt es gute Gründe auch zum Gegenvorschlag Nein zu sagen. Im Vordergrund steht für mich das Prinzip der Steuerabzüge und der Steuerausfälle für die Gemeinden. Zu den Steuerabzügen: Seit Jahrzehnten verlangt die SP in ihren Programmen, dass die Steuerabzüge generell abgeschafft werden. Steuerabzüge auf dem Reineinkommen begünstigen die Reichen, die aufgrund der gebrochenen Steuerprogression weniger Steuern bezahlen müssen. Das bedeutet eine Umverteilung von unten nach oben. Das ist unsozial. Wir haben in unserer Vernehmlassung zum Gegenvorschlag gesagt, dass die SP Steuergutschriften bevorzugt. Ich zitiere weiter aus der Vernehmlassung. «Für die einkommensschwachen Familien bringt der Steuerabzug kaum eine Entlastung. Bei Steuergutschriften hingegen, die direkt vom Steuerbetrag anstatt vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden, lassen sich sowohl die Grundsätze der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, als auch jener des sozialen Ausgleichs in transparenter Weise unter einen Hut bringen. Trotzdem war die SP in der Vernehmlassung mit den höheren Kinderabzügen einverstanden und schlägt vor, dass der Regierungsrat das Steuermodell des Kantons Baselland prüfen soll, welches Steuergutschriften anstatt Steuerabzüge beinhaltet. Mit Verlaub, das ist doch keine Vernehmlassung. Ich erinnere daran, dass im September 2020, als die unsägliche Initiative zum ersten Mal im Kantonsrat traktandiert gewesen war, die SP-Fraktion die Erarbeitung eines Gegenvorschlags abgelehnt hat. Dies, weil man der Meinung war, dass man die Initiative auch ohne Gegenvorschlag bodigen kann. Kleine und mittlere Einkommen kann man auch via Krankenkassenprämienverbilligung entlasten. Aufgrund dieser Ausgangslage hätte man eine Vernehmlassung ganz anders verfassen müssen. Ein Gegenvorschlag sollte es nur geben, wenn man einen Systemwechsel macht von Steuerabzügen zu

Steuergutschriften. Das ist nicht passiert und unsere Leute haben im Rat auch keine Anträge gestellt. Mit diesem Gegenvorschlag wird das Prinzip der Steuerabzüge in der Steuerpolitik auf Jahrzehnte zementiert und das ist nicht das, was wir wollen. Zur Erinnerung vor 1.5 Jahren haben wir auf eidgenössischer Ebene eine Steuervorlage mit höheren Kinderabzügen erfolgreich versenkt. Dies nicht nur aufgrund der hohen Steuerausfälle, sondern auch wegen dem Grundsatz der Steuerabzüge. Jetzt haben wir auf kantonaler Ebene eine Vorlage mit höheren Kinderabzügen und einem satten Drittbetreuungsabzug von 25'000 Franken für die reichen Einkommen. Die Vorlage wird jetzt schöngeredet. Sie bringe eine Entlastung für die kleinen und mittleren Einkommen. Ich vermisse bei der Parteileitung und bei der Kantonsratsfraktion eine konsequente Haltung, Selbstbewusstsein und Hartnäckigkeit in der Steuerpolitik. Der Parteitag hat es jetzt noch in der Hand auf den richtigen Kurs einzuschwenken und Nein zu sagen zu diesem Gegenvorschlag. Die Befürworter des Gegenvorschlags sprechen davon, dass die Steuerausfälle für Kanton und Gemeinden verkraftbar seien. Was ist gewonnen, wenn aufgrund des Gegenvorschlags in den Gemeinden gespart wird, gerade in denjenigen Bereichen, die für uns wichtig sind. Die Vorlage tönt zwar auf den ersten Blick gut, aber aus linker Sicht ist sie schlecht. Darum beantrage ich die Nein Parole.

Votum Karin Kälin, SP Rodersdorf

Wir haben noch selten eine Vorlage im Kantonsrat, bei welcher am Schluss das vorliegt, was wir gewollt haben. In diesem Fall haben wir wirklich versucht die Familien zu entlasten. Mit einer Tarifierungsanpassung bei der Progression war dies nicht möglich, aus diesem Grund hat man die Kinderabzüge erhöht. Mit dem Drittbetreuungsabzug ermöglichen wir das, was im europäischen Umfeld schon lange normal ist, dass nämlich Frauen und Männer beruflich tätig sein können. Und mit dem Drittbetreuungsabzug wird der Kanton Solothurn Geld dazu verdienen. Es ist so, dass Personen, die aufgrund der Erziehung der Kinder über einen längeren Zeitraum nicht mehr im Berufsleben waren, es anschliessend viel schwieriger haben. Wir müssen hier proaktiv etwas dagegen unternehmen. Ich möchte noch etwas zu den Gemeinden sagen. Was wir vergessen ist der Finanz- und Lastenausgleich. Wenn jetzt eine Gemeinde aufgrund der Steuersenkung nun schlechter dasteht, dann erhöht sich der Beitrag aus dem Finanz- und Lastenausgleich.

Urs Huber, SP Obergösgen

Wir müssen uns schon Gedanken machen, was wir heute machen. Es ist unser ureigenstes SP-Gen, dass wir die kleinen und mittleren Einkommen steuerlich nicht zu stark belasten wollen. Das ist eigentlich unser Kerngeschäft. Es gibt steuertechnisch nie die ideale Vorlage. Diese erhalten wir nur wenn wir einen Stimmenanteil von 100% haben. Ich mache sehr beliebt bei dieser Vorlage ein Ja zum Gegenvorschlag einzulegen. Noch ein Wort zu den Gemeinden. Ich habe ein gewisses Verständnis, ich komme auch aus einer Gemeinde, die, wenn es um Finanzen geht, nicht auf Rosen gebettet ist. Ich habe eine Bitte, vor lauter Diskutieren um den Gegenvorschlag bitte ich alle, die jetzt dazu reden, doppelt und dreifach so laut zu hören, dass man sich gegen diese unsägliche Initiative «Jetzt si mir draa» aussprechen soll. Dies stört mich. Der VSEG hat ja keine Probleme gehabt, als es um die Entlastung der Unternehmen gegangen ist sich dafür auszusprechen. Wer damals problemlos Ja gesagt hat und jetzt Problem hat mit den Finanzen, das geht für mich nicht auf.

Niels Kruse informiert über den Antrag der Geschäftsleitung, sie beantragt die Nein Parole zur Volksinitiative «Jetzt si mir draa».

Beschluss

Die Delegierten fassen einstimmig die Nein Parole zur Volksinitiative «Jetzt si mir draa».

Niels Kruse informiert über den Antrag der Geschäftsleitung, sie beantragt die Ja Parole zum Gegenvorschlag der Regierung zur Volksinitiative «Jetzt si mir draa».

Die Delegierten fassen mit grossem Mehr die Ja Parole zum Gegenvorschlag der Regierung zur Volksinitiative «Jetzt si mir draa».

2. Gesetzesinitiative «Weniger Sozialhilfe für Scheinflüchtlinge»



Inputreferat Farah Rummy, SP Grenchen

Ich werde euch heute die kantonale Initiative «weniger Sozialhilfe für Scheinflüchtlinge» vorstellen. Die Urheber dieser Initiative sind allen bekannt. Die Initiative wird so begründet, dass im Kanton Solothurn die laufenden Kosten aus dem Ruder laufen, dass mehr Sozialhilfe geleistet wird als nötig und dass falsche Anreize gesetzt deshalb. Deshalb sollen die Sozialhilfeansätze bei diesen speziellen Fällen, das heisst bei den Scheinflüchtlingen, erheblich reduziert werden. Bereits jetzt erhalten diese Personen Sozialhilfe, die 20% unter den normalen Ansätzen liegt. Wir sind im Kanton Solothurn eigentlich schon jetzt 20% unter den schweizerischen Richtlinien. Diese Menschen leben in Kollektivunterkünften, um damit auch Kosten zu sparen. Die Nothilfeansätze dienen der minimalen Existenzsicherung. Sie erhalten einen Pauschalbetrag für Nahrung und Hygiene im Rahmen von 9 Franken pro Tag. Mögliche Einsparungen bei einer Annahme der Initiative sind differenziert zu betrachten. Es stellt sich die Frage wie hoch der Nutzen ist, wenn wir jetzt bei der Integration sparen. Einer mangelnden Integration folgt auch ein schlechter gesundheitlicher Zustand. Gerade flüchtende Personen sind häufig mit psychischen Belastungen konfrontiert. Deshalb ist eine frühe Förderung wichtig. Die Chancengleichheit bei der Integration würde beeinträchtigt, wenn man diese Initiative annehmen würde und die Gewaltbereitschaft würde steigen. Die Initiative steht konträr zur Integrationsstrategie des Bundes. Sie ist nicht nachhaltig und sie ist menschenverachtend. Deshalb ist diese Initiative abzulehnen.

Beschluss

Die Delegierten fassen einstimmig die Nein Parole zur Gesetzesinitiative «Weniger Sozialhilfe für Scheinflüchtlinge»

3. Änderung Verfassung des Kantons Solothurn; Öffentliche Schulen

Inputreferat Kantonsrat Mathias Stricker, SP Bettlach

Das Thema, welches ich vorstelle, ist eher technischer Natur. Die Bestimmungen der Kantonsverfassung müssen aktualisiert werden, weil die gesetzlich geregelten Zuständigkeiten betreffend der Aufgaben der Volksschule nicht mehr der aktuell geltenden Verfassung entsprechen. Konkret geht es um den Artikel 5, welcher die Zuständigkeiten und Aufgaben der kantonalen und kommunalen Behörden regelt. Am 28. März 2018 wurde das Volksschulgesetz angepasst. Das Sonderschulangebot für Kinder mit einer Behinderung wurde dabei neu strukturiert. Weiter wurden zusätzliche, kantonale Spezialangebote gesetzlich verankert. Dazu gehören Vorbereitungsklassen, Klassen für Kinder mit massiven Verhaltensauffälligkeiten, Klassen in Durchgangszentren und Spezialangebote bei der Hospitalisierung. Diese gesetzlich geregelten Zuständigkeiten haben sich in den letzten Jahren in der Praxis bewährt. Konkret zu den Änderungen. Der Absatz 1 wird aktualisiert. Dieser enthält den Grundsatz, dass die Einwohnergemeinden die Volksschule errichten und führen und der Kanton sich an den Kosten beteiligt. Der Absatz 2 wird auch aktualisiert. Wie bisher wird geregelt, dass der Kanton zuständig ist für die Errichtung und Führung der sonderpädagogischen Institutionen. Neu kann der Kanton kantonale Angebote auf der Volksschulstufe einführen. Zu den kantonalen Angeboten gehört auch die progymnasiale Ausbildung Sek P. Aufgrund der aktuellen Formulierung in der Kantonsverfassung wären für die progymnasiale Ausbildung allein die Einwohnergemeinden zuständig. Dies soll nun korrigiert werden. Neu ist der Absatz 2, der Absatz 3 bleibt unverändert. Diese Verfassungsänderung umfasst eine Anpassung an den Status Quo. Die Änderung wurde im Kantonsrat einstimmig verabschiedet. Darum empfiehlt euch die Geschäftsleitung die Ja-Parole.

Beschluss

Die Delegierten fassen einstimmig die Ja Parole zur Verfassungsänderung «Öffentliche Schulen».



14. Nationale Vorlagen für die Abstimmung vom 15. Mai 2022 - Parolenfassung

1. Bundesbeschluss vom 1. Oktober über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Frontex-Referendum)

Zusammenfassung vom Politstand: Melina Aleotti, SP Olten

Am Stand des Frontex-Referendums wurde ziemlich rege diskutiert. Als wichtiges Argument für ein Ja bei dieser Abstimmung wurde der Ausschluss der Schweiz aus dem Schengen-Dublin-Abkommen genannt und dass damit viele Menschen in der Schweiz ihre Reisefreiheit verlieren würden, dass man weniger Touristen in der Schweiz hätte und dass man das Mitspracherecht verlieren würde. Ein Nein bei dieser Abstimmung würde hohe Kosten verursachen aber beim Thema Frontex nichts ändern. Bei den Argumenten für ein Nein wurde vor allem mitgeteilt, dass es um Menschenleben geht und dass es nicht sein kann, dass die Schweiz eine Institution mitfinanziert, die Menschenrechtsverletzungen begeht und dass wirtschaftliche Argumente höher gewichtet werden als Menschenleben.

Votum Andri Meyer, JUSO und SP Aeschi

Ich beantrage euch entgegen dem Vorschlag der Geschäftsleitung die Nein Parole zum Frontex-Referendum zu fassen. Frontex arbeitet aktiv mit der libyschen Küstenwache zusammen. Die Küstenwache führt Menschen illegal zurück nach Libyen in irgendwelche Folterlager, so dass sie ihr Recht auf Asyl nicht einfordern können. Frontex prügelt bspw. an der polnischen Grenze immer wieder Menschen aus dem Schengenraum, nimmt ihnen die Ausrüstung ab und lässt die teilweise verletzten Menschen in der Wildnis zurück. Und dies alles, obwohl diese Menschen das Recht haben einen Asylantrag zu stellen. Das sind nur ein paar der Verwerflichkeiten von Frontex. Wir dürfen diese Organisation auf keinen Fall unterstützen. In Anbetracht all dieser Sachen ist es so falsch als SP keine Position zu beziehen. Ich bitte euch sich zu positionieren und zwar auf der Seite der Menschenrechte und dem Völkerrecht und das macht man mit der Stimmfreigabe ganz sicher nicht.

Votum Franziska Roth, Nationalrätin, SP Solothurn

Genossinnen und Genossen, ich werde ein Nein einlegen. Ich gehe nicht so weit wie mein Vorredner, aber ich möchte euch sagen wieso. Wir haben in der Debatte im Nationalrat versucht Klarheit zu schaffen. Diese Vorlage sieht im ersten Moment so aus als wäre es eine EU-Vorlage und das ist es nicht. In dieser Vorlage geht es um knapp 50 Millionen Franken, die wir an Frontex bezahlen und es wird gedroht, dass wenn wir Nein stimmen, dass dann die Schweiz aus Schengen herausfällt. Mit diesem Nein hier sagen wir nicht nur Nein zu Frontex, sondern wir sagen Ja zu den Menschenrechten. Wir werden auch nicht aus Schengen-Dublin ausgeschlossen, wenn wir jetzt Nein sagen und nochmals eine Zusatzrunde drehen. Daniel Jositsch hat einen sehr guten Vorstoss eingereicht, welcher vorschlägt, dass wenn das Referendum erfolgreich ist, die Vorlage zurück ins Parlament kommen soll und dann können wir dafür sorgen, dass wir legale Fluchtrouten haben. Wir müssen ein Nein stimmen, damit wir keine Gewissensbisse haben und selbstbewusst hinstehen als Schweiz. Darum bitte ich für ein Nein.



Votum Roger Köppeler, Hotellerie Suisse

Ich vertrete die Ja-Kampagne zu Frontex von Seiten des Tourismus. Ich hoffe euch heute davon zu überzeugen ein Ja zu Frontex einzulegen, da die SP eine proeuropäische Partei ist. Für den Tourismus geht es um 500 Millionen Franken. Wenn die Schweiz Nein zu Frontex sagt, werden wir aus dem Schengensystem herausfallen. Das heisst, dass asiatische Touristen, die einen Europatrip machen, ein separates Visum für die Schweiz benötigen würden. Dann kommen diese nicht mehr. Der Tourismus beinhaltet in der Schweiz ganze Wertschöpfungsketten, zum Beispiel in der Gastronomie. Dies betrifft bis zu 6000 Arbeitsplätze und dies sind nicht hochqualifizierte Arbeitsplätze. Auch für die Schweizer Polizei ist es sehr problematisch, wenn sie nicht mehr auf dieses System zurückgreifen kann. Wir hätten eine Sicherheitslücke mitten in Europa. Es geht auch um Europapolitik. Denn seit dem letzten Frühling sind wir mit unserer Europapolitik in einer Sackgasse. Um hier herauszukommen, braucht es auch die Sozialdemokratie. Wenn wir hier Nein sagen, lösen wir kein Problem, denn wir stimmen nicht über Frontex ab. Wir stimmen nicht gegen die Menschenrechte ab. Frontex existiert genau gleich weiter, auch wenn wir Nein sagen.

Leo Hug, JUSO

Wir sind hier eine Parteiversammlung und wir haben dieses Modell mit dem Politmarkt gemacht. Ich finde es komisch, wenn jemand, der nicht Mitglied unserer Partei ist, sich hier an der Debatte beteiligen kann. An unserer Debatte sollen nur Mitglieder sprechen können und nicht noch zusätzlich Leute von ausserhalb. Diese hatten ihr Podium am Politmarkt.

Levin Schweighauser, Nein-Komitee Frontex

Wir werden nicht aus dem Schengensystem herausfliegen, wenn wir zu dieser Vorlage Nein sagen. Wir sind so verflochten mit diesen Institutionen und es ist nicht möglich, dies so schnell zu kündigen. Wir haben dies bspw. beim Brexit gesehen. Die moralisch richtige Entscheidung, die kostet manchmal etwas. Es kostet nicht, dass wir aus Schengen herausfliegen. Der wichtigste Punkt ist die Tätigkeit der libyschen Küstenwache, welche von der EU

mit Militärbooten aufgerüstet und trainiert wurde. Frontex arbeitet aktiv mit der Küstenwache zusammen. Die libysche Küstenwache fängt Flüchtlinge ab, bringt diese zurück nach Libyen und interniert sie in Lagern. In diesen Lagern kommt es zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Wenn wir Ja sagen zu diesen 61 Millionen, dann sagen wir auch Ja zu diesen Praktiken.

Daniel Thommen, SP Starrkirch-Wil

Wenn wir zu dieser Vorlage Nein sagen, dann haben wir nichts geändert. Das Ganze geht zurück ins Parlament und dieses ist noch dasselbe wie vorher. Was wir aber ändern können, das ist diese Frontex. Es wurde erwähnt, dass auch Grenzwächter der Schweiz bei Frontex dabei sind. Frontex hat ein Ausbildungsproblem. Genau deshalb braucht es den Beitrag der Schweiz, um die Ausbildung bei Frontex zu verbessern. Ich bitte euch dem Antrag der Geschäftsleitung zuzustimmen. Wir befinden uns in einem moralischen Dilemma. Die Stimmfreigabe ist das einzig Richtige.

Antrag Stimmfreigabe vs. Parolenfassung

Es wird mit 53 Stimmen zu 30 Stimmen entscheiden, dass der Parteitag eine Parole zu Frontex fasst.

Antrag Andri Meyer für eine Nein-Parole

Der Antrag für eine Nein-Parole wird mit 61 Stimmen gegen 12 Stimmen bei 13 Enthaltungen angenommen.

2. Änderung vom 1. Oktober 2021 des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (Lex-Netflix Referendum)

Votum Kassandra Frey, JUSO

Besonders häufig geäußert am Politstand wurde die Sorge nach Qualitätseinbussen. Die neuen Vorschriften wären nur quantitativ, aber nicht qualitativ. Die meisten am Stand waren überzeugt, dass die Annahme, dass die Preise von Netflix und anderen Streamingdiensten steigen, nur eine Vermutung ist und wahrscheinlich nicht eintreffen wird, weil wir im Verhältnis zu anderen Ländern bereits hohe Einkommen haben. Weiter wurde gesagt, dass viele Personen sich sogar mehrere Streamingdienste leisten können und eine Preiserhöhung von daher kein Problem wäre. Und das Argument der Gegenseite, dass die Jungen darunter leiden würden, verhebt nicht, da die Jungen so oder so nicht allein ein Netflix Abo haben. Was mich erstaunt hat ist, dass 93% der Kinofilme amerikanische Filme sind und 7% sind vom Rest der Welt.

Votum Anindo Kühne, Jungfreisinnige

Wenn wir zu diesem Gesetz Ja stimmen, bedeutet dies, dass Netflix und andere Streamingdienste in den Schweizer Film investieren müssen, aber es gibt keinerlei Qualitätsstandards, wichtig wäre allein die Investition. Wenn mehr Schweizer Filme auf Netflix gezeigt werden, bedeutet das nicht, dass mehr Schweizer Filme geschaut werden und dass diese Filme von guter Qualität sind. Sagen wir Ja zu Qualitätsstandards und Nein zum Filmgesetz.

Beschluss

Die Delegierten fassen grossmehrheitlich die Ja Parole zum Bundesgesetz über Filmproduktion und Filmkultur.

3. Änderung vom 1. Oktober 2021 des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz)

Votum Nadine Vögeli, SP Hägendorf

Egal, ob man Ja oder Nein stimmt, wichtig ist, dass mehr Aufklärung über die Organspende stattfindet. Wenn das Gesetz angenommen wird, braucht es deutlich mehr Information. Gerade für Personen wie Migrant:innen oder Personen mit weniger Bildungszugang muss in die Aufklärung investiert werden. Ein weiterer Diskussionspunkt am Politstand war die Frage, zu welchem Zeitpunkt man wirklich tot ist. Wer darf dies feststellen und was sind die Kriterien dafür? Auch hier gehen die Meinungen auseinander.

Votum Susanne Clauss, SP Biel

Es ist ein emotionales Thema und leider haben wir sehr wenig Zeit, um dieses Thema in der Gesellschaft zu debattieren. National- und Ständerat waren sich relativ einig, dass nun dieser Paradigmenwechsel vollzogen werden soll. Uns ist wichtig, dass diese Debatte zu diesem Thema stattfindet. Bei diesem Wechsel wird das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit tangiert. Dies betrifft letztendlich nicht nur die Transplantationsmedizin. Wir öffnen eine Tür, welches die Medizin ausnutzen wird. Es geht um die körperliche Unversehrtheit. Wichtig sind mir dabei auch die Minderheiten, die anderen Kulturen und die ca. 800'000 Personen, die eine Lese- und Schreibschwäche haben. Es besteht die Gefahr, dass die sozial Schwächsten ausgenutzt werden können, und das ist etwas, was wir als SP sicher nicht wollen.

Votum Andreas Heller, SP Hägendorf

Genossinnen und Genossen, für mich ist es ein Scheinargument, wenn man behauptet, man öffne Tür und Tor für andere Themen. Wir stimmen einzig und allein über dieses Thema ab. Es ist richtig, dass man darüber diskutieren kann, was der Wert der körperlichen Unversehrtheit ist. Ich akzeptiere dieses Argument, aber was noch wichtiger ist, ist das Recht auf ein Leben. Wenn wir es schaffen, dass wir mehr Organspenden gewinnen und wenn wir es schaffen uns für das Leben zu entscheiden, wenn wir es schaffen diesen Paradigmenwechsel zu machen, dann haben wir viel gewonnen. Wir wollen, dass mehr Personen spenden. Wir wollen, dass mehr Aufklärung stattfindet. Deshalb kann es dafür nur ein Ja geben.

Votum Daniela Gysling, SP Erlinsbach

Es gibt diverse Länder, die dies bereits umgesetzt haben. Ich wollte fragen, ob jemand weiss, wie die Erfahrungen in diesen Ländern sind?

Votum Susanne Clauss, SP Biel

Vom Bundesamt wurde eine Studie in Auftrag gegeben mit der Frage, wo gibt es mehr Organspenden und warum. Das Bundesamt kommt klar zum Schluss, dass es nicht die Gesetzesänderung alleine ist, bspw. in Spanien kann dies nicht klar bewiesen werden. Was klar ist, dass man dort erfolgreich ist, wo die umfassendste Aufklärung der Bevölkerung stattfindet. Dies könnte man auch heute schon ohne Gesetzesänderung vermehrt machen.

Beschluss

Die Delegierten fassen mit 52 Ja stimmen zu 20 Nein Stimmen bei 12 Enthaltungen die Ja Parole zum Bundesgesetz über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz)

Niels Kruse weist daraufhin, dass wir sehr froh um Feedbacks der Delegierten zu diesem Parteitag sind. Er bedankt sich bei allen Teilnehmer:innen und den Stimmenzähler:innen sowie

den Teilnehmer:innen des Politmarktes. Er fragt an, ob noch Voten unter Diverses vorhanden sind.

Votum Angela Kummer, SP Grenchen

Ich lade euch alle recht herzlich ein zum Jubiläumsfest der SP Grenchen vom 25. Juni. Wir dürfen dann 150 Jahre SP Grenchen feiern.

Niels Kruse bedankt sich bei allen für den Einsatz und schliesst den Parteitag.

Für das Protokoll:

Fabian Müller, 6. April 2022